Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: Goldmark 8.—, halbjährig: Mark 4.—, vierteljährig: Mk. 2.—; Einzelnummer 20 Goldpfennig/Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr. 4.

Inhalt:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile: 30 Goldpfennig. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des „Jüdischen Echo", München, Herzog Maxstr. 4 Fernsprecher 53099 Postscheck-Konto: München 3987.

Nr. 37 **München, 11. September 1925** **12. Jahrgang**

Das „Jüd. Echo" ist auch zu beziehen durch die Bchhdlg. Niederhuber, Zentral-Zeitungsvertr., München. Maximilian-Wurzerstr. 5, Tel. 23363

1925 Wochenkalender 5685

	September	Ellul	Bemerkungen
Sonntag	13	24	
Montag	14	25	
Dienstag	15	26	
Mittwoch	16	27	
Donnerstag	17	28	
Freitag	18	29	ערב ראש השנה תרפ״ו
		Tischri	
Samstag	19	1	5686 ראש השנה

Das Jüdische Echo

Nummer 37 | 11. September | 12 Jahrgang

Vorläufige Bilanz

Betrachtung zum 14. Zionistenkongreß.

Die Kongreßtage sind verrauscht und nach 14-tägiger angestrengtester Arbeit als Delegierter oder Teilnehmer fährt jeder, der den XIV. Kongreß der Zionisten in Wien mitgemacht hat, mit einem beklemmenden Gefühle nach Hause. Das äußere Bild des Kongresses war überwältigend. Während der Tagungen ward man dessen nicht in dem Maße inne, wie schon drei Stunden nach der Schließung der Tagung, am Montag, den 31. August um 6 Uhr früh. Urplötzlich stieg die Erkenntnis auf, daß man einem Ereignis von weittragender historischer Bedeutung für das jüdische Volk beigewohnt hat.

Präsident Sokolow, den jahrzehntelange publizistische Arbeit zum wundervollsten Wortbildner erzogen hat, fand in seiner Eröffnungs- und in seiner Schlußrede Worte, die den Inhalt und die Bedeutung des Kongresses in präzisester Form kennzeichneten. In seiner Eröffnungsrede sagte er, daß dieses 14. Glied in der goldenen Kette der Weltversammlungen der Zionisten sich mit der ungeheuerlichen Tatsache der Masseneinwanderung beschäftigen und von ihr beherrscht werden würde. In seiner Schlußrede faßte er die Bedeutung der Tagung in der Formel zusammen: Es war ein nützlicher Kongreß.

Tatsächlich bot der XIV. Kongreß in ungleich höherem Maße als alle seine Vorgänger das Bild eines disziplinierten Parlaments der durch freien Willen zu einer sozusagen staatlichen Gemeinschaft zusammengeschlossenen nationalbewußten Judenheit. Es gab tatsächlich keinen einzigen „Kongreßbummler“ unter den Delegierten. Jeder von ihnen kam nach hartem Wahlkampfe in voller Kenntnis der obwaltenden Probleme als Abgesandter zur Tagung. Damit ist nicht gesagt, daß jeder Delegierte sein Mandat imperativ aufgefaßt und sich an eine gebundene Marschroute gehalten hätte. Jeder war bereit zu hören, zu urteilen und seine Sonderwünsche den allgemeinen Bedürfnissen unterzuordnen. Alle aber waren innerlich durchgebildet und darum weder Sensationen noch Hurrahstimmungen zugänglich. Das zeigte sich insbesondere in zwei Fällen. Jabotinski, ein Rhetor ersten Ranges, bot auf diesem Kongresse eine Leistung, die das gesamte Auditorium, Delegierte und Gäste, erschütterte. Jabotinski fand Beachtung, hatte das Ohr des Kongresses, alle Teilnehmer freuten sich, in ihrer Mitte einen derartigen wundervollen Judentypus zu haben — die kühle Überlegung siegte jedoch — und nicht fünf Delegierte ließen sich auf das Glatteis der Jabotinskischen Gedankengänge verlocken. Der zweite Fall: Der Kongreß äußerte in seiner ersten Abstimmung über das Absolutorium für die Leitung seine schwere Besorgnis über die Richtig- und Zweckmäßigkeit der bisher in den letzten vier Jahren von Dr. Weizmann befolgten Politik. Trotzdem erklärte sich derselbe Kongreß in sachlicher Würdigung der persönlichen Bedeutung und der Qualitäten Weizmanns für seine Person. Die Tatsache, daß der Kongreß zu scheiden verstand zwischen Person und letztem Wegabschnitt, bewies das hohe Verantwortungsgefühl der versammelten Vertreter der zionistischen Bewegung.

In diesem Sinne ist es möglich, daß der XIV. Kongreß tatsächlich ein nützlicher in der Zukunft wird genannt werden können, wenn nämlich von heute an in der zionistischen Politik die Besinnung auf die eigenen Kräfte und auf die Machtmittel des organisierten jüdischen Volkes Ausgangspunkt für die Betätigung in der inneren Politik des jüdischen Volkes und in der äußeren gegenüber den Mächten der Welt, deren Mithilfe, Förderung oder Duldung wir beim Aufbau Palästinas nötig haben, vorherrschend sein wird. Der Umstand, daß der Zionistenkongreß auseinanderging, ohne eine Exekutive gewählt zu haben, ist gerade ein Zeichen dieser Selbstbesinnung der Organisation auf ihre Bedeutung. Die Sachlage war nämlich folgendermaßen: Präsident Weizmann legte vor seiner Abreise — er verließ den Kongreß 16 Stunden vor seinem Ende — dem Permanenzausschuß eine Liste von Namen vor, die er in die zukünftige Leitung gewählt haben wollte. Da er aber nicht persönlich anwesend war, um die Verhandlungen mit dem Permanenzausschuß und den von ihm vorgeschlagenen Kandidaten zu führen, verzichtete der Permanenzausschuß auf eine Wahl der Leitung durch den Kongreß und übertrug diese Aufgabe dem gewählten Präsidenten und dem Aktionskomitee. In diesem Beschlusse des Permanenzausschusses lag kein Mißtrauen gegen Weizmann, sondern vielmehr die Manifestierung der Tatsache, daß der Kongreß es ablehnt, mit seinem Präsidenten in der Entfernung sozusagen brieflich zu verkehren.

Es ist kein Zweifel, daß die Zionistische Organisation trotz des dauernden Wehklagens über Krisen in den letzten Monaten an Selbstgefühl und an Ichbewußtsein gewonnen hat. Das ist ein Weg, den man nur begrüßen kann. Je selbstbewußter und stärker die Zionistische Organisation geworden ist, in desto höherem Maße wird sie imstande sein, eine Bündnispolitik zu treiben, die die Mithilfe anderer Faktoren bei dem großen Werke des Aufbaues des jüdischen Nationalheimes sichert. Eine starke Zionistische Weltorganisation ist die Voraussetzung für eine bedeutsame erweiterte Jewish Agency. Der XIV. Zionistenkongreß bedeutet einen Wendepunkt in der Entwicklung der Zionistischen Organisation zur Konsolidierung und Gesundung.

M. W.

* * *

Beschlüsse des XIV. Zionistenkongresses

I. Angenommene Anträge der politischen Kommission.

Der 14. Zionistenkongreß hat in seiner letzten Sitzung in der Nacht vom 30. zum 31. August die folgenden Beschlüsse angenommen:

1. Der Kongreß entbietet ein herzliches Lebewohl an Sir Herbert Samuel, dessen fünfjährige Amtsperiode als erster Hochkommisssar für Pa-

lästina dem Lande die Segnungen des Friedens, der Ordnung und einer guten Regierung gebracht hat und die Erfüllung des ersten Schrittes in der Errichtung der jüdischen nationalen Heimstätte bezeugt, Sir Herbert und Lady Samuel nehmen bei ihrer Abreise von Jerusalem, die von ganzem Herzen kommenden Wünsche der Zionistischen Organisation und die volle Billigung ihrer Dienste für Palästina und das Volk mit.

2. Der Kongreß entbietet dem Feldmarschall Lord Plumer seine Gratulation und die besten Wünsche anläßlich seiner Bestellung als Hochkommissar in Palästina, in der sicheren Erwartung, daß seine Amtsperiode einen weiteren wichtigen Schritt in der Entwicklung des jüdischen nationalen Heimes und in dem Wiederaufbau von Palästina zum Nutzen aller seiner Einwohner bedeuten wird.

3. Der Kongreß bringt feierlich seine tiefe Dankbarkeit gegenüber Lord Balfour zum Ausdruck, der die Zeremonie der Inauguration bei der Eröffnung der hebräischen Universität vorgenommen hat, womit die schon bisher der zionistischen Sache geleisteten Dienste, welche ihm einen dauernden Platz in der Geschichte des jüdischen Volkes geschaffen haben, ihre Krönung erfuhren.

Der Kongreß hat ferner die folgenden Resolutionen der politischen Kommission angenommen:

I. Der Kongreß stellt fest, daß entsprechend dem Wortlaut und dem Geist des Mandats die Verwaltung Palästinas in der Weise zu führen ist, daß der Aufbau des jüdischen Nationalheimes durch die Schaffung politischer, administrativer und ökonomischer Bedingungen aktiv unterstützt wird, insbesondere, daß durch Artikel 6 des Mandats die jüdische Einwanderung erleichtert und die Schaffung geschlossener jüdischer Siedlungen auf staatlichen und brachliegenden Ländereien gefördert wird.

II. Der Kongreß stellt fest, daß die bisherige Berücksichtigung des jüdischen Schulwerks im Budget der Regierung in keiner Weise den gerechten Ansprüchen der jüdischen Bevölkerung entspricht und beauftragt die Exekutive, die rascheste Beseitigung dieses Zustandes herbeizuführen.

III. In Anbetracht der vitalen Bedeutung einer geregelten Zusammenfassung der jüdischen Gemeinschaft Palästinas wiederholt der Kongreß den Beschluß des XIII. Kongresses, durch den die Exekutive aufgefordert wird, eine beschleunigte Bestätigung des Gemeindegesetzes und die Legalisierung des Waad Leumi seitens der Regierung der Mandatarmacht herbeizuführen.

IV. Der Kongreß beauftragt die Exekutive, die Politik der freundschaftlichen Annäherung dem arabischen Volke gegenüber in der gleichen Art fortzusetzen, wie sie in den Resolutionen des XII. und XIII. Kongresses Ausdruck gefunden hat.

V. Der XIV. Zionistenkongreß lenkt die Aufmerksamkeit der zionistischen Öffentlichkeit auf die Notwendigkeit eines Aufbaus und einer Erweiterung des politischen Apparates der Organisation. Die Exekutive wird aufgefordert, Schritte zu unternehmen, um hinreichende Mittel für die Organisierung der politischen Arbeit zu sichern und geeignete Kräfte für diese Arbeit heranzuziehen.

II. Die Universitätsresolution.

Wien (J. T. A.). Der Kongreß hat in seiner letzten Sitzung eine vor der Erziehungskommission vorgeschlagene Resolution angenommen in der es heißt, der Kongreß begrüßt die Eröffnung der hebräischen Universität in Jerusalem und sieht in ihr ein epochales Ereignis in dem historischen Prozesse der Renaissance der hebräischen Sprache und Kultur. Weiter heißt es in der Resolution: Die hebräische Universität in Jerusalem soll in allen ihren Abteilungen und Instituten auf dem Prinzip der unbeschränkten Lehrfreiheit aufgebaut werden, wobei die verschiedenen geistigen Strömungen im jüdischen Volk ihren vollen Ausdruck finden müssen. Auf der Basis dieses Prinzips soll der Aufbau des judaistischen Instituts, welches die Gesamtheit des jüdischen Lebens in Vergangenheit und Gegenwart zu umfassen hat, entscheidend bestimmt sein von dem Bestreben, das Institut unter Wahrung seines wissenschaftlichen Charakters zu einem vollen Ausdruck des jüdischen Geistes zu gestalten, wie er sich in den großen Kulturbüchern der jüdischen Vergangenheit und den schöpferischen Kräften der Gegenwart manifestiert.

Resolutionen der jüdischen Emigrationskonferenz in Berlin

Von der in der ersten Hälfte des August in Berlin abgehaltenen Konferenz der Emigrations-Gesellschaften wurden nachstehende Resolutionen angenommen:

1. In Anerkennung dessen, daß die wichtigsten Probleme der Emigration nur auf internationalem Wege gelöst werden können, hält es die Konferenz für notwendig, mit einer energischen Propaganda bei der Weltdemokratie und ihren maßgebenden politischen Faktoren für Emigrationsschutz und für Abschaffung der bestehenden Einwanderungsbeschränkungen einzusetzen.

2. Die Konferenz bestimmt ein spezielles Budget für diese Propaganda und fordert von der Exekutive auch fernerhin ihre Vertretung am Sitz des Völkerbundes in Genf.

3. Indem die Konferenz den Eintritt des jüdischen Emigrationsverbandes in die internationale Vereinigung der Gesellschaft für Emigrantenschutz, die in der Konferenz im Jahre 1924 geschaffen worden ist, mit Zufriedenheit zur Kenntnis nimmt, fordert die Konferenz die Exekutive, auf die in Konferenz dieser Vereinigung, die am 8. September ds. Js. stattfinden wird, eine entsprechende Delegation zu entsenden.

4. Der „Jüdische Emigrationsverband" ist ein Verband der Landesorganisationen für Emigrantenhilfe und Emigrantenschutz; sein Ziel ist die jüdische Wanderbewegung zu regeln und die jüdischen Emigranten zu schützen.

5. Dem „Jüdischen Emigrantenverband" können nur interterritoriale jüdische Organisationen angehören, deren Tätigkeit in dem einen oder anderen Maße die Emigrantenangelegenheit berührt.

6. Dem „Jüdischen Emigrationsverband" können auch Organisationen der Immigrationsländer, bei denen die Emigrantenhilfe einen Teil ihrer Tätigkeit bildet, zugehören.

7. In Orten, wo die jüdischen Arbeiter einen Teil der jüdischen Emigrantenmassen bilden, und wo die jüdischen Arbeiter gemeinsame Arbeiterorganisationen mit dem Landesproletariat unterhalten, stützt die Zentrale die speziellen Arbeiter-Emigrationsbüros und unterhält die Verbindung mit ihnen durch die Landeskomitees.

8. Die Landesorganisationen haben auf dem Prinzip einer breiten Mitgliedschaft bei aktiver Beteiligung der Emigranten selbst aufgebaut zu werden.

9. Sollte es infolge spezifischer örtlicher Bedingungen nicht möglich sein, in dem einen oder anderen Durchwanderungs- oder Einwanderungsland Organisationen nach dem Prinzip der Mitgliedschaft aufzubauen, kann die Verbandexekutive die Gründung eines Komitees auf der Grundlage einer Vertreterschaft örtlicher in Emigrations-Angelegenheiten interessierter jüdischer Organisationen gestatten.

10. Die Finanzierung des jüdischen Emigrationsverbandes geschieht erstens durch Mitgliederbeiträge, zweitens durch Sammlungen und durch Subventionen freundlich gesinnter interessierter Organisationen.

11. Die zentralen Organe des Verbandes sind erstens die Exekutive, die aus den Herren Dr. Brutzkus, Dr. Ben Nathan, Dr. Kreinin, Dr. Oskar Cohn, Dr. Alfred Klee, Rudel, Dr. Lwowitsch, J. Leschtschinsky und Dr. James Bernstein besteht. Zweitens der Rat. In den Rat entsenden alle Bestandteile des Verbandes ihre Vertreter. Der Rat und die Konferenz werden durch die Konferenz gewählt.

12. In Anerkennung der Tatsache, daß die Einwanderung städtischer Elemente in den bisher bedeutendsten Einwanderungsländern außerordentlich erschwert wurde, und daß die jüdischen Auswanderer aus Osteuropa von den Einwanderungsbeschränkungen am schwersten betroffen werden, beschließt die Konferenz, der Frage der Besiedlung jüdischer Auswanderer in der Landwirtschaft in allen geeigneten Ländern ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Um dies zu erreichen müssen erstens die Kolonisationsmöglichkeiten für jüdische Auswanderer in den verschiedensten Ländern erforscht werden. Zweitens soll in den Ländern, in denen eine jüdische Kolonisation möglich ist, die Gründung lokaler Kolonisations-Komitees unter Beteiligung der ortsansässigen jüdischen Kolonisten unterstützt werden. Aufgabe dieser Komitees ist, den Übergang der jüdischen Einwanderer zu fördern. Drittens sollen in den Ein- und Durchwanderungsländern gemeinsam mit anderen Gesellschaften Institutionen zur Ausbildung der Juden in der Landwirtschaft geschaffen werden.

13. In Anbetracht erstens der katastrophalen Lage der jüdischen Emigranten, die seit Jahren in den europäischen Hafenstädten und Durchwanderungsländern herumgestoßen werden und ungeheure Hemmnisse, Arbeit zu finden oder in die Vereinigten Staaten Nord-Amerikas hereingelassen zu werden, zu bestehen haben. Zweitens in dem ferneren Betracht, daß das Auswanderungsbedürfnis unter den jüdischen Massen in Ost-Europa unter dem Druck der kritischen wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa sich ungeheuer verstärkt hat und andererseits die emigrierende jüdische Masse auf die versperrten Tore der Vereinigten Staaten Nord-Amerikas stößt, beschließt die Konferenz: Die Aufmerksamkeit der jüdischen Öffentlichkeit sowohl in Europa als auch in den Vereinigten Staaten Nord-Amerikas auf die Pflicht zu lenken, die große Volksarbeit zu übernehmen, dem jüdischen Emigranten zu helfen, sich in neuen Einwanderungsländern anzusiedeln.

Um eine unerwünschte Konzentrierung in den überfüllten großen Städten zu vermeiden, müssen in den Einwanderungsländern entsprechende Organisationen geschaffen werden, die sich zu bestreben haben werden, den jüdischen Immigrantenstrom auf die weniger bevölkerten Gebiete zu verteilen, und dafür zu sorgen, daß die Immigranten in Industrie und Landwirtschaft Beschäftigung finden. In Anbetracht dessen, daß in den letzten Jahrzehnten mehr oder weniger große jüdische Massen in die Länder der südamerikanischen Republiken eingewandert sind und dort jüdische ländliche und städtische Siedlungen geschaffen haben, die bereits eine gewisse Anziehungskraft auf neue jüdische Emigranten ausüben, aber derzeit noch nicht in der Lage sind, die ganze Sorge und Verantwortung einer Organisierung der Hilfsarbeit zugunsten der neuen Einwanderer zu tragen, findet es die Konferenz für nötig, die dortigen jüdischen Gemeinschaften in dieser Arbeit moralisch und materiell zu unterstützen und gemeinsam mit ihnen die große Volksaufgabe der Unterbringung jüdischer Emigranten in Landwirtschaft und Industrie der neuen Einwanderungsländer durchzuführen."

Beginn einer neuen antisemitischen Offensive in Deutschland

Ostjudenhetze

Berlin (J.T.A.). Eine Berliner Zeitung brachte vor kurzem von bestunterrichteter Seite Enthüllungen über Pläne des Landbundes, mit Hilfe der Hakenkreuzler eine neue antisemitische Hetzkampagne einzuleiten. Nach dem Muster ihrer innerpolitischen Offensive von 1922, die in dem darauffolgenden Winter in einer Pogromhetze gipfelte, mit den bekannten traurigen Erfolgen, soll auch in diesem Jahre eine Propaganda entfaltet werden, um die Bevölkerung über die wahren Urheber der Teuerung aller Lebens- und Gebrauchsmittel hinwegzutäuschen.

Offenbar hat diese Offensive bereits begonnen; sie richtet sich zunächst gegen die Ostjuden,

die als die Verteurer der Nahrungsmittel hingestellt werden, obwohl es Tatsache ist, daß die Ostjuden in Deutschland in keinem Falle als Mittelglieder zwischen Produzenten und Konsumenten in Betracht kommen können, da ihnen doch die Landbündler gewiß keine Waren verkaufen werden. Charakteristisch für diese neue Offensive ist ein Artikel eines der Führer des Landbundes und der Deutschnationalen, des ehem. Kgl. Landrats von Hertzberg, der unter der Überschrift „Ostjuden — Optanten" in der „Deutschen Zeitung" und in anderen rechtsstehenden Blättern erschienen war. Landrat v. Hertzberg schreibt u. a.:

„Die Preise für Lebensmittel steigen und steigen. Die Reichsregierung droht mit Maßnahmen zur Preissenkung. Sie weiß, daß einen Bestandteil der Schuld an diesen wachsenden Preisen der überflüssige Zwischenhandel hat, der sich mit den Ostjuden in überreicher Zahl unnötig in das deutsche Wirtschaftsleben eingeschlichen hat. Von einer Absicht, gegen diese Parasiten, Hyänen und Drohnen vorzugehen, hört man kein Wort. Deshalb sei heute einmal wieder an den jahrelangen Kampf erinnert, den wir um die Abschiebung der Ostjuden geführt haben ... Tausende von deutschen Optanten, die als Bettler aus ihrer deutschen Heimat hinausgejagt sind, liegen als Almosenempfänger im Schneidemühler Lager, während der Innenminister den Ostjuden durch Erlaß vom 1. 11. 1919 durch Einschaltung der jüdischen Hilfsorganisationen und Gemeinden das Hierbleiben und damit das Recht auf Aussaugung des deutschen Volkes ermöglichte. Begründet wurde dieser ungeheuerliche Judenschutzerlaß damit, daß es unmenschlich sei, die armen Ostjuden abzuschieben, da sie in ihrer alten Heimat Bestrafungen oder gar Pogromen ausgesetzt wären ... Unter diesem Gesichtswinkel ist es für uns erfreulich, daß Polen sich löblich dem Weltjudentum unterworfen und sich den Machtmitteln der jüdischen Internationale gebeugt hat. Auf Drängen des englischen Juden Lucien Wolf hat die Regierung die Forderungen des Jüdischen Parlamentsklubs zähneknirschend angenommen; die Juden behalten ihr Schnapsmonopol und erhalten Staatskredite; sie bekommen Beamtenstellen bei Gericht und Regierung ... Jetzt können die armen, schwergeprüften Juden endlich wieder in ihre geliebte polnische Heimat zurück, ohne Bestrafung oder Einziehung zum Heere fürchten zu müssen. Der einzige Grund, der die Behörden an der Abschiebung hinderte (Inhumanität) ist fortgefallen."

Hertzberg schließt: „Erfüllt der Preußische Innenminister Severing heute nicht endlich die Pflicht, durch ihre sofortige Ausweisung Wohnung und Unterhalt für die Optanten freizumachen, dann begeht er ein geradezu verbrecherisches Unrecht gegen die treuen deutschen Optanten. Jetzt gibt es kein Ausweichen mehr; der Ostjude muß hinaus. Von Minister Severing verlangen wir eine sofortige Äußerung über die von ihm getroffenen Maßnahmen!"

Eine jüdische autonome Republik in Südrußland?

Berlin (J.T.A.). Letzte Meldungen aus Moskau besagen, daß der vor einigen Jahren aufgetauchte Gedanke der Schaffung eines autonomen jüdischen Gebietes in Rußland jetzt neuerdings von führenden Persönlichkeiten der Sowjetunion diskutiert wird.

Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion und Vorsitzender des ukrainischen Rates der Volkskommissare, Tschubar, erklärte auf dem ukrainischen Rätekongreß, daß nach Zunahme der jüdischen landwirtschaftlichen Bevölkerung im Distrikt Cherson dort, entsprechend den Grundgesetzen der Sowjetverfassung, eine jüdische Administrative geschaffen werden wird. Volkskommissar Tschubar führte weiter aus, er halte es für durchaus möglich, in Cherson eine jüdische autonome Republik auf Grundlage der allgemeinen Nationalitätengesetzgebung der Sowjetverfassung zu organisieren.

Im Gouvernement Cherson wohnt eine jüdische landwirtschaftliche Bevölkerung von 30 000 Köpfen. Das ukrainische Central-Executivkomitee will Grund und Boden für die Ansiedlung weiterer 7000 jüdischer Familien (30 000 Seelen) bereitstellen.

Amnestie für Synagogenschänder

Berlin (J.T.A.). Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur seinerzeit mitgeteilt hat, feierten die Deutschvölkischen der schlesischen Stadt Schlochau die Wahl des Feldmarschalls Hindenburg zum Präsidenten der Deutschen Republik dadurch, daß sie die Fenster der Synagoge zu Schlochau einschlugen. Unter dem Gesang des Liedes „Hakenkreuz am Stahlhelm" zogen sie durch die Straßen. Vor der Synagoge wurde „Halt!" kommandiert und auf Kommando ein Steinbombardement gegen die Synagoge eröffnet, sodaß keine Scheibe ganz blieb. Bei der Vernehmung sagten 5 Jünglinge aus, sie waren so betrunken, daß sie sich nicht erinnern können, was sie getan haben. Die Führer aber sagten aus, sie seien dem Zuge vorausgeeilt, als dieser an der Synagoge gewesen sein dürfte. Gegen die Täter war Anklage wegen Beschädigung von Sachen, die dem Gottesdienste gewidmet sind, gemäß § 304 Str.G.B., erhoben worden.

In der Hauptverhandlung regte der Vorsitzende, Landgerichtsrat Held vom Landgericht in Schneidemühl, an, die Frage zu klären, ob die Tat nicht unter die preußische Amnestie falle, die bekanntlich die Niederschlagung von Strafverfahren vorsieht, die bei öffentlichen Kundgebungen im politischen Kampfe begangen sind. Daraufhin beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Staatsanwalt Jacobi, ohne jede weitere Begründung die Einstellung des Verfahrens.

Das Gericht beschloß nach längerer Beratung die Einstellung.

In der Begründung wird u. a. ausgeführt: Die Tat, wegen der die Angeklagten zur Verantwortung gezogen waren, sei ebenfalls bei einer öffentlichen Kundgebung im politischen Kampfe begangen worden. Alle Angeklagten seien Mitglieder der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Sie hätten also im politischen Kampfe gestanden, wenn sie das Eigentum ihrer politischen Gegner verletzt hätten.

Interessant ist hier die Feststellung, daß die Synagogengemeinde, die doch lediglich religiöse Aufgaben zu erfüllen hat, der politische Gegner der politischen Partei der Deutschvölkischen ist.

510000 Mk. für die preußisch-jüdischen Gemeinden

Ein wichtiger Beschluß des Hauptausschusses des Preußischen Landtags. — Eine kulturpolitische Rede des Kultusministers Dr. Becker; interessante Ausführungen des Abg. Dr. Badt.

Berlin (J.T.A.). Der Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden hat aus Anlaß der diesjährigen Etatberatungen an den Hauptausschuß des Preußischen Landtages den folgenden Antrag gerichtet:

Der Landtag wolle beschließen, im Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für das Rechnungsjahr 1925 hinter Kapitel 123 der dauernden Ausgaben folgendes neue Kapitel einzufügen:

123a Synagogengemeinden. Für Zwecke der geistlichen Versorgung leistungsunfähiger Synagogengemeinden unter Ausschluß einer rechtlichen Verpflichtung des Staates Mk. 510 000.

Zu Kapitel 123a: Die Auszahlung des Betrages erfolgt an den Preußischen Landesverband Jüdischer Gemeinden und an den Preußischen Landesverband gesetzestreuer Synagogengemeinden nach Maßgabe der Seelenzahl der den beiden Verbänden angeschlossenen Gemeinden.

Der Antrag des Preußischen Landesverbandes wurde von den folgenden Parteien unterschrieben: Demokratische Partei, Zentrum, Sozialdemokratische Partei und Deutsche Volkspartei; im Namen der Volkspartei unterschrieb der frühere Kultusminister Dr. Boelitz.

Die Angelegenheit kam in den Sitzungen des Hauptausschusses vom 31. August und 1. September zur Behandlung.

Der Preußische Kultusminister Prof. Dr. Becker hielt bei dieser Gelegenheit eine großangelegte kulturpolitische Rede, in der er mit großer Wärme dafür eintrat, daß sowohl die Gefühle für die vergangenen Zeiten, als auch die Achtung und die Liebe für die heutige Verfassung respektiert werden müssen. Gegen die Bewilligung von Staatsbeihilfen an die Synagogengemeinden hat er — so führte er weiter aus — vom Standpunkt seines Ministeriums, wenngleich eine rechtliche Verpflichtung nicht besteht, aus Gründen der Billigkeit und Parität nichts einzuwenden.

Die Vertreter der Deutschnationalen und der kommunistischen Partei wandten sich in scharfer Weise gegen die Annahme dieses Antrags. Ihnen trat der Abg. Dr. Hermann Badt (Sozialdemokratische Partei) entgegen, der betonte, obgleich seine politischen Freunde grundsätzlich gegen alle finanziellen Leistungen des Staates an die Religionsgesellschaften sind, so werden sie jedoch aus Gründen der Gerechtigkeit solange für diese Position stimmen, als gegen ihren Willen mehr als 100 Millionen für die geistliche Versorgung und den Religionsunterricht der anderen Kirchen bewilligt werden. Der Redner schilderte die große Notlage der jüdischen Gemeinden, die dadurch entstanden war, daß der im Jahre 1923 bewilligte Betrag infolge der Inflation nicht zur Auszahlung gelangt sei und daß im Jahre 1924 ein bei der dritten Lesung gestellter Antrag auf Bewilligung von 500 000 Mk. beim Ordentlichen Etat lediglich infolge der vorzeitigen Auflösung des Landtags nicht zur Verabschiedung gelangt sei.

Die Vorlage des Preußischen Landesverbandes wurde hernach gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten angenommen.

Eine „Überraschung“

Zwei Jüdinnen von der Berliner Universität preisgekrönt. — Bestürzung unter den Völkischen.

Berlin (J.T.A.). Das Sommersemester der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin schloß auch diesmal mit der traditionellen Stiftungsfeier, wobei es zu der Verteilung der Preise für die besten wissenschaftlichen Arbeiten von Studenten kam. Die Feier wurde in herkömmlicher Form durch Einmarsch der Chargierten der Corps und farbentragenden Verbindungen mit Bannern und Gesang, sowie durch Einzug des Professorenkollegiums unter feierlicher Musikbegleitung eröffnet. Der abtretende Rektor, Geh. Konsistorialrat Prof. Holl, hielt eine Eröffnungsrede über die „geniale Persönlichkeit und ihre Ausnahmestellung den geltenden Sittengesetzen gegenüber“. Hierauf wurden jene wissenschaftlichen Arbeiten genannt, denen die diesjährigen Preise zuerkannt wurden. Es waren im ganzen drei Arbeiten prämiiert worden. Bei der Öffnung der Briefumschläge, die die Namen der Preisträger enthielten, ergab sich das überraschende Resultat, daß sämtliche Preisträger Studentinnen waren, unter ihnen zwei Jüdinnen. Die Berlinerin Else Philippine Levy und die in New York geborene Eleonore von Balden erhielten je den vollen Staatspreis zugesprochen für die Lösung der Aufgabe der medizinischen Fakultät: „Welche diagnostische Bedeutung hat das Blutbild für die otogenen Krankheiten?“ Den Preis der philosophischen Fakultät erhielt Frl. Natalie Thon aus Palästina mit einer chemischen Arbeit; sie gab die geforderte Zusammenstellung der zahlreich vorhandenen Untersuchungen über die Umsetzung von Chlor und Wasserstoff nach einheitlichem Gesichtspunkte.

Die Berliner Presse verzeichnet, daß das Ergebnis der Preisverteilung unter der völkischen Professorenschaft und Studentenschaft Bestürzung hervorgerufen hat. Der „Vorwärts“ schildert den Eindruck folgendermaßen: „Dem Herrn Rektor verschlug die Stimme, und die Burschenschaftler und Korpsiers, die den Fechtboden vorgezogen hatten, hämmerten ziemlich bedrückt mit ihren Schlägern den Takt zum Deutschlandlied.“

Die Gesellschaft für jüdisches Recht in Palästina

Das Zentralkomitee der Gesellschaft für Jüdisches Recht in Palästina bittet um Veröffentlichung folgenden Aufrufs an die jüdischen Politiker, Schriftsteller und Gelehrten in Erez-Jsrael und im Galuth.

„Zion soll durch Recht erlöst werden."

(Jesaias I, 27)

Die Gesellschaft für jüdisches Recht ist eine Frucht der nationalen Bewegung und der Entwicklung der Wissenschaft vom Judentum in unserer Zeit. Sie will Juristen und Talmudgelehrte zu Erforschung der Quellen des jüdischen Rechts vereinigen. Diese Quellen sind groß an Zahl und reich an Gehalt. Generationen von Gelehrten haben Geist und Fleiß an diese Quellen gewandt. Der vorhandene Schatz bedarf nur der wissenschaftlichen Gestaltung, der Ordnung und Formung, entsprechend den Forderungen der entwickelten Rechtswissenschaft unserer Zeit. Wir besitzen schon eine große Zahl von Bausteinen — dank genialen Köpfen aus verschiedenen Zeiten und verschiedenen Ländern, doch diese Steine können zu einem großen Bau nur durch gemeinschaftliche Forschungsarbeit nach modernen wissenschaftlichen Methoden zusammengefügt werden.

In jedem Volke ist das Recht das Produkt einer gesellschaftlichen Schöpfung, und wenn die Rechtsforschung nur dazu da wäre, die Grundlagen dieser Schöpfung in der Vergangenheit aufzudecken und das Interesse auf die gesellschaftliche Überlieferung unseres Volkes hinzulenken, wäre ihr Verdienst schon groß. Aber abgesehen davon bereitet die Erforschung unseres Rechts den Boden für seine tatsächliche Wiederbelebung vor, für seine Befestigung als geltendes Recht in unseren verschiedenen Lebensbeziehungen, in denen wir uns bisher aus Nachlässigkeit und aus Mangel an Erkenntnis entlehnter Formen bedienen.

Unsere nationale Renaissance in Palästina führt stetig zur Wiederbelebung von vielen unserer historischen Besitztümer. Mit der großen Einwanderung, die von allen Teilen der Diaspora her begonnen hat, erweitern sich die Grenzen unserer Selbstverwaltung. In der Sphäre unserer innerjüdischen Beziehungen wollen wir uns nicht mehr fremdem Recht und fremden Richtern fügen, sondern gehen daran, Formen für unser Rechtsleben zu schaffen, die unsere Art und unseren nationalen Bedürfnissen entsprechen.

Solange unsere Väter nicht gewaltsam vom palästinensischen Boden getrennt wurden, hatten sie immer die Bedürfnisse des Landes und des Volkes vor Augen, wenn sie daran gingen, Gesetze und Normen aufzustellen. Auf diesem Wege müssen auch unsere nationalen politischen Institutionen im Lande gehen, wenn sie die Angelegenheiten der Gemeinden und der Einzelnen und ihre Beziehungen regeln und ordnen wollen. Diese gesellschaftlich-nationale Bedürfnis ist es auch, das Jerusalem, das Zentrum der politischen Arbeit im Lande, zum Zentrum unserer Arbeit macht. Von hier sollen die Verbindungen mit den Zweigstellen hergestellt werden, die nach und nach an anderen Orten in Palästina und außerhalb Palästinas errichtet werden sollen.

Die Ziele der Gesellschaft für jüdisches Recht sind folgende: 1) durch wissenschaftliche, historische und dogmatische Untersuchung Inhalt, Charakter und Entwicklung des jüdischen Rechts zu erforschen; 2) eine rechtswissenschaftliche originale und Übersetzungsliteratur in hebräischer Sprache zu schaffen; 3) eine hebräische Terminologie für die verschiedenen juristischen Disziplinen und die verwandten Wissenschaften festzustellen.

Zur Erreichung dieser Ziele: 1) errichtet die Gesellschaft in Jerusalem ein Forschungsinstitut für das jüdische Recht, das die jüdischen rechtskundigen Gelehrten innerhalb und außerhalb Palästinas zur Belebung und Erneuerung des jüdischen Rechts vereinigen soll; 2) beruft die Gesellschaft an dieses Institut Fachgelehrte, die juristisch-wissenschaftlich gebildet sind und die Quellen des jüdischen Rechts beherrschen, damit sie sich den Arbeiten der Gesellschaft widmen; 3) gründet die Gesellschaft eine Bibliothek für die verschiedenen juristischen Disziplinen und verwandten Wissenschaften; 4) gibt die Gesellschaft juristische Sammelschriften, Originalwerke, Übersetzungen in den verschiedenen Zweigen des jüdischen und allgemeinen Rechts und der verwandten Wissenschaften heraus; 5) veranstaltet die Gesellschaft Kurse, Vorträge und Diskussionen in den erwähnten Gebieten; 6) tritt die Gesellschaft in Verbindung mit Gesellschaften und Gelehrten in Palästina und außerhalb Palästinas; 7) unterstützt die Gesellschaft ideell und materiell Gelehrte, die wissenschaftlich über das jüdische Recht arbeiten oder an Lehrstätten gehen, um sich für dieses Studium auszubilden.

Nach vier Jahren innerer Arbeit besitzen wir einen wissenschaftlichen Stoff, an dessen Veröffentlichung in Gestalt von Sammelheften und Monographien wir jetzt herantreten. Eine Reihe von Gelehrten, Mitglieder unserer Gesellschaft an verschiedenen Orten, sind mit ihren Forschungen beschäftigt und warten auf die Stunde, in der sie sich in Jerusalem zu gemeinsamer Arbeit in dem Forschungsinstitut vereinigen können.

Damit wir das, was uns obliegt, erfüllen können, müssen wir die Zahl unserer Zweigstellen und Mitglieder erhöhen. Talmudgelehrte, jüdische Rechtsanwälte, Richter, Gelehrte und Politiker müssen als Mitglieder der Gesellschaft für jüdisches Recht beitreten und ihren Jahresbeitrag (Mindestbetrag 1 Äg. Pf.) entrichten.

Zionistische Vereine, Kultur- und Wissenschaftliche Vereinigungen müssen uns bei der Festigung unserer Gesellschaft helfen, die ein lebendiger Teil unserer nationalen und kulturellen Bewegung ist.

Die jüdischen Gemeinden in der Diaspora, die zur Arbeit für unser Land erwacht sind, müssen an ihre Pflicht denken, den gelehrten Forschern des jüdischen Rechts die Möglichkeit systematischer ständiger Arbeit zu gewähren, sie müssen

uns helfen durch Jahresbeiträge, durch Aussetzen von Preisen für wissenschaftliche Arbeiten und durch Spenden von Büchern für die juristische Bibliothek der Gesellschaft.

Reicht uns die Hand, damit wir mit vereinten Kräften den Bau des jüdischen Rechts auf jüdischem Boden errichten!

Adresse: Gesellschaft für jüdisches Recht, Zentralkomitee Jerusalem. Für Briefe: Jerusalem, P.O.B. 532, für Geldsendungen: Jerusalem, Anglo Palestine Company Ltd. Rechnung: „Hamischpat Haiwri".

Literarisches Echo

Josef Popper-Lynkeus: Das Recht zu leben und die Pflicht zu sterben. — Fürst Bismarck und der Antisemitismus. R. Löwit, Verlag, Wien, 1924 bezw. 1925. Brosch. M. 3.—, bezw. 3.50; geb. M. 4.—, bezw. 4.50. — Josef Popper-Lynkeus, der neben seinem Wirken als Techniker und Mann der praktischen Wirtschaft, gleich Rathenau, als Denker manche neue Wege wies und besonders in der Kriegszeit viel von dem verwirklicht sehen mußte, was seine weitschauende Voraussicht schon in den 70er Jahren ahnte, verdient es ohne Zweifel, daß eine große Zahl seiner Gedanken auch der heutigen Welt wieder vorgeführt werden. Dennoch wäre wohl eine verständnisvolle Auswahl für die Verbreitung der Ideen Poppers förderlicher gewesen, als die uns nun vorliegende Neuauflage zweier alter Schriften. Zur geistesgeschichtlichen Einordnung des österreichischen Popularphilosophen hätte eine Darstellung seiner Bedeutung verbunden mit einer Auslese seiner Leitgedanken gewiß bessere Dienste geleistet. Immerhin ist beiden Broschüren kulturgeschichtlicher Wert nicht abzusprechen. — Die erstmalig zum hundertsten Todestage Voltaires am 30. Mai 1878 erschienene Schrift: „Das Recht zu leben und die Pflicht zu sterben" liegt in vierter, von Margit Ornstein im Auftrage des Verfassers besorgte Auflage vor und gibt mit nur geringfügigen Änderungen die Urfassung wieder. Obzwar dem Autor noch im Jahre 1902 und vermutlich noch zum Schlusse seines Lebens ein „Anlaß zu rechtlichen Änderungen nicht vorzuliegen schien, er vielmehr im Gegenteil durch die Beobachtungen und Erfahrungen seines Lebens immer mehr die Richtigkeit seiner Ansichten und die Tauglichkeit seiner Vorschläge bewiesen sah", erscheint dem heutigen Beurteiler doch ein großer Teil dieser Anregungen nicht zur Verwirklichung geeignet. Das gilt besonders von dem pseudo-sozialen „allgemeinen Nährzwang", der mit den Lebensverhältnissen des kapitalistischen Staates, dem Popper keineswegs auf den Leib rücken will, niemals vereinbar sein wird. Auch die Untersuchung über die Verhütung von Verbrechen und Behandlung von sozialen Schädlingen wäre, da inzwischen die Gedankengänge mehr Allgemeingut geworden sind und durch Liszt auch in die Rechtstheorie übergeleitet wurden, besser überarbeitet worden. Im Ganzen wäre die weitschweifige Deduktion besser einer festeren Formulierung gewichen. Auch hätten ohne Schaden für das Verständnis die Ausführungen über Voltaire, die vielfach einem platten Rationalismus Raum geben, gekürzt werden können. Gerade sie fordern öfters scharfen Widerspruch heraus, weil sie ohne Begründung Begriffe enthalten, die in einem merkwürdigen Gegensatz zu dem heftigen Eifer für Toleranz (seitens des befehdeten Glaubens) stehen. In ähnlicher Weise rein polemisch gehalten und durch den zeitlich beschränkteren Anlaß noch weniger für einfache Neuauflage geeignet ist die im Jahre 1886 ursprünglich anonym erschienene Schrift: „Fürst Bismarck und der Antisemitismus". Auch hier finden wir große Teile, die festgehalten zu werden verdienen, die Verurteilung des Antisemitismus, die Betrachtung des Judenproblems als internationale Erscheinung, Gedanken z. B. über den Judenstaat, der allerdings mehr spielerisch behandelt wird. Andererseits sind umfangreiche Partien, die sich mit damaligen „Tagesgrößen" der Judenfeindschaft beschäftigen, Stöcker, Zöllner und Dühring im besonderen heute längst interesselos geworden und erscheinen damit nur als Ballast. Die Titelgebung erscheint den Heutigen, die naturgemäß eine andere Stellung zu der damals überragenden Gestalt des Fürsten Bismarck einnehmen können, willkürlich, da von ihm und seinem Antisemitismus nur vereinzelt die Rede ist.

Trotz dieser Aussetzungen, die einer weiteren Verbreitung der Werke Poppers abträglich sein müssen, soll dem Wunsche Ausdruck gegeben werden, daß das Wirken eines Denkers nicht spurlos vergehe. Dem Verlage gebührt das Verdienst, nicht nur die Gelegenheit zur Beschäftigung mit Poppers Anschauungen geschaffen, sondern den Schriften durch eine ansprechende Ausstattung ein erfreuliches Kleid mitgegeben zu haben.

München. Theo Harburger.

In den nächsten Tagen erscheinen im Jüdischen Verlag, Berlin, die **Tagebücher und Briefe Joseph Trumpeldors.** Der Band auf holzfreiem Papier in einem Umfang von 415 Seiten gedruckt, kostet in Pappe Mk. 6.50, in Ganzleinen Mk. 7.50.

Neue hebräische Zeitschriften in Palästina.

Das Kulturkomitee der Jüdischen Arbeiterorganisation Palästinas hat mit der Herausgabe einer der kulturellen Arbeit der Arbeiterschaft gewidmeten Zeitschrift unter dem Titel „Kamah" begonnen. In Tel Awiw erschien ferner vor kurzem die erste Nummer einer Theater- und Kunstzeitschrift unter dem Namen „Theatron w'Omanuth". (Ziko.)

Reproduktion der ersten Pessach-Haggadah.

Die Haggadah des Gerschom Kohen, gedruckt zu Prag im Jahre jüdischer Rechnung 5287 (1526) ist die älteste illustrierte und gedruckte Haggadah. Nur drei Exemplare sind von ihr erhalten, eines befindet sich in der Stadtbibliothek zu Frankfurt am Main, eines im British Museum zu London und eines in Amerika. Diese berühmteste alte Haggadah wurde nun von dem Verlag Josef Altmann-Berlin, in einem buchstabengetreuen Neudruck reproduziert. Herausgeber ist Prof. Dr. Heinrich Loewe, der zu der Haggadah eine Einleitung geschrieben hat, in der er ihre Geschichte eingehend erzählt und den eigenartigen Buchschmuck ausführlich beschreibt. Preise: geb. in einem schönen starken Pappband Rm. 15.—, 200 Exemplare wurden auf starkem Japan-Bütten gedruckt und numeriert. Der Preis dieser Ausgabe in Halbpergament geb. beträgt Rm. 30.—.

*

Ein hebräisches Gebetbuch für Blinde.

Budapest (J.T.A.). Im Budapester jüdischen Blindeninstitut, einer Stiftung der Industriellenfamilie Wechselmann, fand vorige Woche die diesjährige Schlußfeier statt. Tiefen Eindruck erweckte es bei den zahlreichen, zum großen Teil aus Fachmännern bestehenden Gästen, daß die Zöglinge die hebräischen Gebete aus dem von der Jüdischen Gemeinde herausgegebenen hebräischen Gebetbuch für Blinde fließend ablesen konnten. Anstaltsdirektor Simon Adler machte die interessante Mitteilung, daß das im Budapester jüdischen Blindeninstitut gebrauchte hebräische Gebetbuch das erste hebräische Buch für Blinde in der ganzen Welt ist. Die ausgezeichneten Erfolge, die mit diesem Buch in Budapest erzielt wurden, haben nun auch die Leiter der jüdischen Blindenanstalten in anderen Ländern veranlaßt, an die Herausgabe hebräischer Lehrbücher für Blinde zu schreiten.

*

Sämtliche hier besprochenen und angezeigten Bücher und Druckwerke sind in der Ewer-Buchhandlung, München, Ottostr. 2, vorrätig zu haben bezw. durch sie zu beziehen.

Konferenz des Welthechalutz

Der deutsche Hechaluz.

Wien (J.T.A.). Auf der dieser Tage in Wien abgehaltenen Konferenz des Welthechaluz waren die folgenden Landesverbände vertreten: Polen, Galizien, Rumänien, Litauen, Lettland, Deutschland, Tschechoslowakei und Österreich. Die beiden Chaluzorganisationen Rußlands hatten aus technischen Gründen keinen Delegierten entsenden können.

Im Namen des Zentralbüros erstattete Bogdanowsky den Bericht über die abgelaufene Periode, dem zu entnehmen ist, daß sich seit der Danziger Konferenz (September 1924) die Bewegung in unvorhergesehenem Maße in allen Ländern ausgedehnt habe. Die Verbindung mit dem „Brith Hanoar", der über 40000 Mitglieder umfaßt, wurde hergestellt. Bei seiner praktischen Arbeit fand das Zentralbüro finanzielle Unterstützung seitens des Joint und der Welthilfskonferenz.

Bankower (Polen) berichtet, daß seit September 1924 der polnische Hechaluz von 8000 auf 13600 Mitgliedern angewachsen ist, davon sind 30 Prozent Mädchen. Es bestehen 476 Ortsgruppen. Tuchmann (Galizien) teilt mit, daß der galizische Hechaluz 3100 Mitglieder zählt, davon ein Drittel Mädchen. Glanz (Rumänien) berichtet, daß der dortige Hechaluz 25 Ortsgruppen und Kwuzoth mit 750 Mitgliedern zählt.

Ascher (Deutschland) teilt mit: Der deutsche Hechaluz zählt 1003 Mitglieder gegen 604 im März 1924. 26 Proz. sind Mädchen. 486 Mitglieder stehen in landwirtschaftlicher Ausbildung. Es gibt 50 Ortsgruppen und Kwuzoth. Die eigene Lehrfarm Halbe entwickelt sich sehr gut und erhält sich selbst. Das Getreide wurde von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft als Mustersaatgut anerkannt. Die Hühnerzucht-Farm Schildorf ist eine der größten deutschen Zuchtfarms. Die Tischlerei in Magdeburg erhält sich fast selbst. Neu geschaffen wurden eine Maurerkwuzah und eine Betonarbeiterkwuzah.

Leo Kaufmann (Österreich) teilt mit, der österreichische Hechaluz hat sich seit September 1924 von 160 auf 703 Mitglieder erweitert, davon sind 398 Landwirte. Botnutzky (Litauen): Der litauische Chaluz zählt 818 Chawerim, davon 45 Prozent Chaluzoth. Frischer (Tschechoslowakei) berichtet, daß sich der tschechische Chaluz von 160 im vergangenen Jahre auf 420 vermehrt habe.

Vom jüdischen Turn- und Sportfest in Wien

(Von unserem Spezialberichterstatter.)

Gleichzeitig mit dem XIV. Zionisten-Kongreß tagte in Wien der Makkabi-Weltverband. Um der breiten Öffentlichkeit und besonders den Juden aus aller Welt einen Begriff von der Arbeit und dem Können der einzelnen Verbände bezw. Vereine zu geben, sollte den Abschluß dieser Tagung ein großes jüdisches Turn- und Sportfest bilden.

Da in allen Sportzweigen Wettkämpfe zur Ausschreibung gelangten, herrschte denn auch ein reges Leben, zumal die Beteiligung in den einzelnen Gruppen recht stark war. Neben den Kampfvorführungen im Fechten, Turnen, Fußball, Tennis, Hokey, Leicht- und Schwerathletik zeigten manche Abteilungen ihr Können noch in Mustervorführungen. Über die einzelnen Leistungen zu sprechen, würde zu weit führen. Ich möchte es aber nicht unterlassen, der teilweise recht guten Resultate Erwähnung zu tun, besonders denen in der Leichtathletik und im Turnen. Dr. Görög, tschechoslovakischer Meister vom Makkabäa Bratislava, erreichte beim Diskuswerfen fast die 40 m-Grenze und bewies damit, daß er seinen Meistertitel mit Recht trägt;

Kerzmann-Palästina sprang mit ausgezeichneter Technik und wurde mit 1.65 m im Hochsprung Zweiter. Ein prächtiges Bild bot auch das Reckturnen der Budapester Riege. Ohne Zweifel könnte man sie mit solcher Leistung neben die besten deutschen Turnmannschaften stellen.

Freilich läßt sich dieser gute Eindruck, den man von den Einzelleistungen haben konnte, nicht verallgemeinern. Die Massenfreiübungen, die von ungefähr 1000 Turnern und Turnerinnen ausgeführt wurden, fanden wohl den Beifall der Zuschauer; nach meiner Ansicht darf man aber trotz der Einstellung auf eine Massenvorführung die qualitative Seite der vorzuführenden Übungen nicht ganz auf ein Minimum beschränken, besonders nicht bei endlos langen Freiübungen.

Bei weitem das Eindruckvollste des Sportfestes war der Aufmarsch sämtlicher Teilnehmer. In langem Zuge durchschritten die einzelnen Verbände, begleitet von den Melodien hebräischer Märsche und Lieder die Aschenbahn, allen voran die Vertreter der palästinensischen Makkabim. Mit gesenkten Fahnen zogen die Scharen der Wettkämpfer bis zur Tribüne. Erst als diese erreicht war, hoben sich die Banner, um Prof. Weizmann den Gruß der jüdischen Turnerschaft darzubringen.

Das Kongreß-Turn- und Sportfest hat dem Betrachter zeigen können, daß die Worte vom freien, aufrechten Juden in den Reihen der Makkabim allmählich zur Verwirklichung gelangen; freilich bleibt noch viel zu tun übrig und besonders an sachlicher Kritik der gegenwärtigen Arbeit.

Zu Rosch-Haschanah!

Die zu Rosch-Haschanah stattfindende große Sammelaktion für den Keren Kajemeth wird bereits in zahlreichen Orten Deutschlands vorbereitet. Überall werden am 13. Sept. Haussammlungen stattfinden. Die Propaganda wird durch Veranstaltung von Vorträgen, in denen Redner aus Palästina sprechen werden, durch Jugendversammlungen und durch die illustrierte Zeitschrift „Aufbau" geführt.

Das Ziel dieser Aktion, die Sammlung des Gegenwerts von 2000 Dunam, die zur Erfüllung des Deutschland übertragenen Kontingents aufgebracht werden müssen, wird erreicht werden, wenn jeder Vertrauensmann des Keren Kajemeth sich für die Aktion einsetzt und jeder Jude nicht nur selbst eine angemessene Rosch-Haschanah-Spende gibt, sondern auch seine Freunde und Verwandten dazu veranlaßt.

Hebräische Kurse München

Die Kurse der Hebräischen Sprachschule München haben wieder begonnen. Es finden statt (Änderungen vorbehalten):

1. Anfängerkurs (bisherige Gruppe Ia und Ib): Dienstag und Donnerstag abends 6—7.30 Uhr.
2. Mittlerer Kurs (bisherige Kurse IIa und IIb): Dienstag und Donnerstag abends 7.30—9.30 Uhr.
3. Oberkurs (bisheriger Kurs III): Montag und Mittwoch abends 7.30—9.30 Uhr.

Zu dem beabsichtigten neuen Kurs für Anfänger hat sich bereits eine Anzahl von Teilnehmern gemeldet. Der Kurs wird Montag und Mittwoch abends 6—7.30 Uhr stattfinden. Der Beginn des Kurses (voraussichtlich anfangs Oktober) wird noch mitgeteilt.

Es ist ferner von einigen Seiten der Wunsch ausgesprochen worden, einen speziellen Kurs zur praktischen Erlernung der hebräischen Grammatik (einmal wöchentlich anderthalb Stunden) abzuhalten. Interessenten werden gebeten, sich unter Angabe der für sie in Betracht kommenden Zeit zu melden.

Die Kurse finden im Klublokal, Ottostr. 2, statt.

Personalia

Herrn Dr. Samson Breuer, Privatdozent für Mathematik und Physik an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, wurde Titel und Rang eines außerordentlichen Professors verliehen. Herr Prof. Breuer ist ein Sohn des Herrn Rabbiner Dr. Sigmund Sal. Breuer und Schwiegersohn des Herrn Kommerzienrats Fraenkel-München.

Gemeinden-u. Vereins-Echo

Jüd. Kultur-Verein J. L. Perez, München. Am Samstag, den 12. Sept. 1925, im kleinen Sitzungs-Saal der Gemeinde, Herzog Maxstr. 5/I. Rückgeb., abends 8 Uhr nimmt unser Verein seine Arbeiten wieder auf. Um das Programm für das neue Jahr in größeren Umrissen festzulegen, wird der erste Abend eine Mitglieder-Versammlung sein, zu welcher wir alle unsere Mitglieder und Interessenten einladen. Besonders bitten wir die Teilnehmer und neue Interessenten für unseren Kurs: Jiddische Sprache und Literatur, ferner sämtl. Mitglieder unseres dramatischen Klubs, bestimmt zu erscheinen. — Wir hoffen, daß unsere Mitglieder durch Vorschläge und rege Teilnahme an der Diskussion und späterhin durch Mitarbeiten

an der Verwirklichung der gefaßten Beschlüsse, die Vorstandschaft in dem Bestreben, den Verein seinem hohen Ziele entgegenzuführen, wie bisher, eifrigst unterstützen werden.

Die Vorstandschaft.

Berlin. Von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden wird uns folgendes mitgeteilt: Die neue Fürsorgegesetzgebung und deren praktische Bedeutung für die jüdische Arbeit, sowie die innere Ausgestaltung der jüdisch-sozialen Fürsorge selbst, stellen heute große Anforderungen an die Träger der jüdisch-sozialen Arbeit. Um diese zu schulen und über alle bestehenden Einrichtungen und alle Zuständigkeitsfragen möglichst eingehend zu informieren, hat die Zentralwohlfahrtsstelle sich entschlossen, vom 18.—21. Oktober einen Kursus für praktische soziale Arbeit in Berlin zu veranstalten. Sie will mit diesem Kursus vielfach geäußerten Wünschen und Anfragen entgegenkommen. Der Lehrplan sieht Vorlesungen und Besprechungen über die Organisation der allgemeinen Wohlfahrtspflege vor. Als Referenten sind gewonnen worden: Frau S. Wronsky, Archiv für Wohlfahrtspflege-Berlin, Obermagistratsrat Dr. Ollendorff, Jugendamt der Stadt Berlin, Professor Dr. Seligmann, Jüdisches Krankenhaus Berlin, Fräulein Frieda Weinreich, Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden-Berlin, Herr L. Grünbaum, Zentrale für jüdische Wohltätigkeit in der Synagogen-Gemeinde Hannover, Frl. Hede Klein, Wohlfahrtsamt der Israel. Gemeinde in Dresden, Fräul. Dora Silbermann, Wohlfahrtsamt der Jüdischen Gemeinde Berlin, Frl. Edith Cohn, Schulpflegerin der Jüdisch. Gemeinde Berlin, Frl. Dr. Strauss, Wohlfahrtsamt des Verbandes der bayer. israel. Gemeinden München, Frl. Frieda Cahn, Jüd. Wohlfahrtsverband Elberfeld-Barmen, Frl. Recha Ellern, Israel. hum. Frauenverein Altona, Frl. Ada Hirsch, Israel. Fürsorgeamt Stuttgart.

Anmeldungen sind an die Geschäftsstelle der Zentralwohlfahrtsstelle, Berlin C. 2, Rosenstr. 2—4, zu richten. Von dort aus können auch Programme für den Kursus bezogen werden.

Spenden-Ausweis

Münchener Spendenausweis
vom 1.—8. September 1925.

Allgemeine Spenden: Fam. J. Kluger grat. Herrn Kornhauser u. Frau z. silb. Hochzeit, dieselb. grat. Fam. Schneuer zur Barmizwah ihres Sohnes 3.—, B. Sachsenhaus u. Frau, Jos. Goldmann u. Fr. grat. herzl. Herrn u. Frau Kornhauser z. Silberhochzeit; dieselb. grat. Herrn u. Frau Brunnengraber z. Barmizwah ihres Sohnes 5.—, gesammelt auf der Hochzeit Lustig-Amanyi 323.— = 334.—.

Bäume: Münchner Ölbaumhain: Fam. Kreschower grat. Herrn D. Horn u. Frau zur Silberhochzeit 1 B. 6.—, Fam. Chary grat. herzl. Herrn u. Frau D. Horn zur Silberhochzeit 1 B. 6.—, Benzion u. Gitel Goldberg-Garten: Fam. B. Goldberg grat. herzl. Herrn u. Frau D. Horn zur Silberhochzeit, Herrn u. Frau Orljansky zur Vermählung ihr. Tochter, Fam. Schneuer u. Fam. Brunnengraber zur Barmizwah ihrer Kinder 1 B. 6.— = 18.—.

Büchsen: Geleert durch Rosl Schneuer und Gina Goldberg: Schachno 2.08, Weiner 1.65, Wegner 1.—, Subisky 2. —, Hirsch 10.—, Békés 2.50, M. u. R. Kohn, 19.30, Schindler 1.—, Dr. Spanier 3.—, Nass 0.70, Gidalewitsch 3.—, Schneuer 2.10; geleert durch Rosl Schneuer: Holzapfel 2.50, Weißbarth 1.—, Renkazischok 2.57, J. Helfgott 2.—, Birnbaum 3.55, Sachsenhaus 3.—, Pumpian 3.63; geleert durch Nazi Gidalewitsch: Jüdisches Echo 0.70, Orljansky 4.—, Frau E. Mayer 1.55, D. Misch 37.25, Dr. S. Nathan 3.—, Prof. E. Kirschner 4.10 = 117.18.

Gesamtsumme ds. Ausweises: 469.18.

Gesamtsumme seit 1. X. 1924: 9583.37.

Gesamtausschuß der Ostjuden grat. Fam. S. Neumann zur Verlobung ihres Sohnes 3.—.

Nürnberger Spendenausweis
vom 4. September 1925.

Spendenbuch: Herr u. Frau Erich Wertheimer anl. ihrer Vermählung 30.—, Herr u. Frau Dr. Leurer anl. Geb. ihr. Sohnes 20.—, Herr Fritz Kohn anl. seiner Verlobung 20.—.

Allgemeine Spenden: Herr Siegfried Mendle in Fischach anläßl. seiner Verlobung 20.—, durch Albert Salzer 3.—.

Büchsen: Ullmann 6.63, durch Fred Selling 19.86 (Dr. Obermeyer 6.10, David Altmann 3.49, Dir. Selling 2.50, Charlupsky 1.86, Adler 1.50, Reischer 1.20, Wolkenfeld 1.20, Kleemann 1.20, Endzweig —.60, Ehrlich —.21).

Gesamtsumme: 119.49.

Gesamtsumme vom 1. Okt. bis heute insgesamt: 12071.11.

Gesamtausschuß der Ostjuden München. Familie Sufrin grat. Herrn Kornhauser u. Frau u. Herrn D. Horn u. Frau herzl. zur Silberhochzeit 4.—, der Verein Talmud Thora-Schule grat. herzl. Fam. Schumer zur Barmizwah ihres Neffen. Fam. Schneuer zur Barmizwah ihres Sohnes, ebenso Fam. Brunnengraber, Herrn Viktor Löwenstein u. Frau zur Geburt ihrer Tochter, Herrn u. Frau Kornhauser zur Silberhochzeit 5.—, S. Neumann anläßl. d. Verlobg. sein. Sohnes 50.—, derselbe grat. Fam. Vogelsinger u. Schneuer zur Barmizwah ihr. Kinder u. Herrn u. Frau Kornhauser zur silbernen Hochzeit (unlieb verspätet) 5.—.

Familie Kornhauser grat. Dr. Ehrentreu zur Verlobung der Tochter, D. Horn u. Frau zur silbernen Hochzeit, Schneuer zur Barmizwah seines Sohnes 5.—.

Verantwortlich für die Redaktion Dr. Max Mayer. München: für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr. München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.